Erste Beilage zum Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

№ 18. Dienstag den 18. Januar 1887. 81. Jahrgang.

Septennat oder Triennat?

Die Neuwahlen für den deutschen Reichstag sind auf den 21. Februar anberaumt, vom Wahltage trennen uns also genau fünf Wochen. Die Zeit ist kurz, aber sie reicht hin, um dem deutschen Volke Klarheit darüber zu verschaffen, um was es sich handelt. Fürst Bismarck hat es im Reichstage klar und deutlich verkündet, daß die Wahlen darüber Gewißheit bringen sollen, ob das deutsche Volk fortan ein kaiserliches oder ein Parlamentsheer haben wolle. Wir wissen, daß der Ausdruck „kaiserliches Heer" nur der Kürze wegen gewählt ist, weil man sonst alle Contingente des deutschen Heeres einzeln aufzählen müßte. Wenn wir sagen „kaiserlich deutsches Kriegsheer", so deckt diese Bezeichnung die Sache vollkommen, denn im Kriege hat der Kaiser den Oberbefehl laut der Verfassung. Die verbündeten Regierungen sind darüber einig, daß die Frage der Heerespräsenz nur alle sieben Jahre im Reichstage erörtert werden soll, während die Mehrheit des aufgelösten Reichstages die Präsenzzahl nur auf drei Jahre bewilligen wollte mit Ausnahme Derjenigen, welche auch damit nicht einverstanden waren, wie die Polen und Socialdemokraten. Der im Jahre 1884 gewählte Reichstag hatte es in seiner Hand, den Conflict zu vermeiden, denn die siebenjährige Frist der Bewilligung unterscheidet sich von der dreijährigen nicht grundsätzlich, sondern nur durch die Dauer. Auch die siebenjährige Bewilligung hebt das Recht des Reichstages, bei der Feststellung der Ausgaben für das Heer mitzureden, nicht auf, auch nach Ablauf von sieben Jahren konnte unter veränderten Zeitverhältnissen die Abänderung in Frage kommen. Wie die Dinge heute liegen, kommt es hauptsächlich darauf an, die Festigkeit und Dauer der Heereseinrichtungen über jeden Zweifel zu erheben. Nach der ausdrücklichen Erklärung des Abgeordneten Windthorst war die dreijährige Bewilligung in dem Sinne gemeint, daß der im Jahre 1890 zu wählende Reichstag darüber befinden solle, ob die Erhöhung der Präsenzzahl um 41,000 aufrecht zu erhalten oder rückgängig zu machen sei. Nach der Meinung der verbündeten Regierungen soll aber die Erhöhung der Präsenzzahl eine dauernde sein, welche nach sieben Jahren als Ergebniß die Vermehrung der Truppen um 120,000 Mann aufweist, deshalb betonte Feldmarschall Moltke zu wiederholten Malen, daß die dreijährige Bewilligung nichts nützen könne, der siebenjährige Zeitraum sei das äußerste Zugeständniß, was der Bundesrath gewähren könne.

Dem gegenüber kommt Das, was der Abgeordnete Richter auseinandergesetzt hat, daß das neue Eisenbahnbataillon, das Pionierbataillon und der Train, für welche die Ausgaben in das Budget alljährlich eingestellt und bewilligt werden, gar nicht in Betracht; die verbündeten Regierungen wollen die im Jahre 1874 geschlossene und im Jahre 1880 bestätigte Uebereinkunft, die Präsenzzahl auf sieben Jahre festzustellen, auch für die Zukunft zur Richtschnur nehmen und haben deshalb gegen die Abstimmung des Reichstages vom 14. Januar, welche das Triennat an die Stelle des Septennats setzte, Berufung an das deutsche Volk eingelegt.

Das ist der vom Tische des Bundesrathes ausdrücklich dargelegte Sachverhalt, und diesen strebt die aus der deutschfreisinnigen Partei und dem Centrum zusammengesetzte Opposition zu verdunkeln. Der Abgeordnete Richter wirft dem Kanzler Uebertreibung vor, wenn er behaupte, daß die Heerespräsenz nicht zum Spielball der wechselnden Mehrheiten des Reichstages gemacht werden dürfe, weil ein Theil des Heeres bereits der einjährigen Bewilligung unterliege; Herr Richter aber macht sich seinerseits einer ganz unzweifelhaften Uebertreibung schuldig, wenn er den verbündeten Regierungen die Absicht unterschiebt, die Auflösung des Reichstags nur darum beschlossen und verkündet zu haben, um das Tabak- und das Branntweinmonopol und außerdem Verfassungsveränderungen durchzusetzen, durch welche die Rechte des Reichstags eingeschränkt werden sollen. Die deutschfreisinnige Presse stellt schon jetzt die Abschaffung des allgemeinen Stimmrechts als den eigentlichen Zweck der Reichstagsauflösung in Aussicht. Die Wähler wissen, was sie von solchen Verdächtigungen zu halten haben; das „freisinnige" Rabengekrächze wird aber sogleich verstummen, wenn wir wiederholen, was wir stets erklärt haben, daß wir weder mit Monopolen, noch mit Verfassungsänderungen einverstanden sind, die übrigens, als außerhalb der Absichten der verbündeten Regierungen liegend, vom Reichskanzler ausdrücklich bezeichnet sind. Wir wollen, daß solche Männer in den Reichstag gewählt werden, welche dem Septennat im Gegensatz zum Triennat zustimmen, welche die Verpflichtung übernehmen, das Socialistengesetz zu verlängern, die Colonialpolitik der verbündeten Regierungen unterstützen und den reichsfeindlichen Bestrebungen des Centrums, der Polen, Welfen u. s. w. mit Entschiedenheit entgegentreten. Das ist unser Programm, und das kann und wird jeder liberale und nationalgesinnte deutsche Wähler ohne Bedenken unterschreiben. Was die deutschfreisinnige Presse ihren Lesern vorzumalen will, ist ihre Sache, wir aber werden ihr stets mit Entschiedenheit entgegentreten, wenn sie der Wahrheit ins Gesicht schlägt.

Niemals ist die Gelegenheit, das Centrum in seine Bestandtheile aufzulösen, günstiger gewesen als eben jetzt, wo wir vor Neuwahlen zum Reichstage stehen. Der Reichskanzler hat zu guter Stunde und mit der ihm eigenen Klugheit die möglichen Folgen eines Sieges der Franzosen über Deutschland vor dem Reichstage zur Sprache gebracht. Mit vollem Recht hat er die Wiederherstellung des Königreichs Hannover als eine der Veränderungen aufgezählt, welche ein Sieg Frankreichs über Deutschland zur Folge haben würde. Dem gegenüber hat Windthorst mit übel angebrachter Entrüstung sich dagegen verwahrt, daß irgend ein Hannoveraner die Selbstständigkeit Hannovers aus einer fremden Hand entgegennehmen würde, dagegen hat er seine volle Solidarität mit dem welfischen Fürstenhause sich zum besonderen Verdienst angerechnet.

Nun, wir dürfen mit voller Sicherheit die Uebereinstimmung mit allen nationalgesinnten Wählern voraussetzen, wenn wir behaupten, daß Windthorst, der Weise, dadurch sich aufs Neue unwiderleglich als Feind der deutschen Einheit erwiesen hat. Hinter seiner glänzerischen Bewilligung der Friedenspräsenz auf drei Jahre mit dem ausgesprochenen Hintergedanken, diese Bewilligung womöglich nach drei Jahren rückgängig zu machen, zeigt er den Wählern, worauf sie ihr Augenwerk zu richten haben. Bisher hat der Culturkampf dem Welfen Windthorst einen willkommenen Vorwand geliefert, den nationalen Interessen der Deutschen feindlich entgegenzuwirken. Nach Beendigung dieses Kampfes tritt der Welfe ohne Maske zur Erscheinung. Gegen diesen heuchlerischen Klerikalismus, der, wenn er Alles erreicht hat, wonach er angeblich gestrebt hat, in einem Augenblicke, da der europäische Friede gefährdet ist, das deutsch-italienische Bündniß des Jahres 1866 in gleiche Linie mit den hannoverischen Bestrebungen der Wiederaufrichtung des Welfenreiches zu stellen wagt, rufen wir die deutschen Wähler auf den Plan, wir thun das in dem Bewußtsein, daß Windthorst mit seinen neuesten Reden im deutschen Reichstage das Maß voll gemacht und jeden deutschen Wähler, der zu hören und zu unterscheiden vermag, darüber aufgeklärt hat, daß die deutschen Interessen keinen schlimmeren und unberufeneren Anwalt haben können als Windthorst. Und dieser Feind der deutschen Einheit ist die treueste Stütze und der beste Freund des Abgeordneten Richter und seiner deutschfreisinnigen Hintermänner. Es wäre unendlich traurig, wenn die Reichsverfassung keine besseren und zuverlässigeren Bürgen besäße, als Abgeordnete, welche in der Lahmlegung jeglichen nationalen Aufschwunges, in der Verhöhnung aller nationalen Begeisterung ihre Hauptstärke suchen. Wir wollen ein starkes, vor Partei-Einflüssen gesichertes Heer und eine zielbewußte weise Regierung, welche das deutsche Reich vor seinen Neidern und Widersachern behütet. In diesem Sinne wollen wir wählen. *

Französische und englische Preßstimmen.

* Der Eindruck, welchen die großen Staatsreden des Fürsten Bismarck in der auswärtigen Presse, besonders aber in den französischen und englischen Blättern hervorgerufen, kann im Ganzen als ein friedlicher bezeichnet werden.

Beschäftigen wir uns vorerst mit den Aeußerungen der verschiedenen Pariser Partei-Organe, welche vor Allem die öffentliche Aufmerksamkeit Deutschlands beanspruchen dürften. Wenn wir da mit der Auffassung der royalistisch gesinnten Journale beginnen wollen, so begegnen wir z. B. in der „Gazette de France" der allerdings einigermaßen fragwürdigen Ansicht, daß hauptsächlich die republikanische Staatsform Frankreichs das allgemeine politische Mißbehagen in Europa verschulde. Diese Behauptung weist also in ziemlich greifbarer Weise auf die Absicht hin, aus den Reden des deutschen Reichskanzlers Capital zu Gunsten der französisch-royalistischen Propaganda schlagen zu wollen. Diese Absicht tritt um so deutlicher hervor, weil sie von den übrigen, nicht royalistischen Pariser Blättern durchaus nicht getheilt wird. Diese letzteren legen vielmehr das Hauptgewicht auf die mit großer Bestimmtheit abgegebene Erklärung des Fürsten Bismarck, daß Deutschland keinenfalls an einen Angriffskrieg gegen Frankreich denke. Rochefort's „Intransigeant" bringt sogar den Wortlaut dieser Versicherung mit fetter Schrift an der Spitze seiner ersten Spalte, während „Figaro", „Temps", „Liberté", ja selbst die chauvinistische „France" den friedlichen Charakter der Reden betonen, „weil", wie diese Blätter behaupten wollen, „Frankreich sicherlich nicht den Krieg an Deutschland erklären werde." Da also weder Deutschland, noch Frankreich zum Angriff schreiten würden, so wäre die Aufrechterhaltung des Friedens auf lange Zeit gesichert. Die Ausführungen des Fürsten Bismarck, daß die Unsicherheit der französischen Zustände oder die Schwierigkeiten der inneren Lage eine ehrgeizige französische Tagesgröße zu der Kriegserklärung gegen Deutschland bewegen könnten, werden von der republikanischen Presse mit dem Hinweise zurückgewiesen, daß nur Monarchien, nicht aber Republiken erobernde Angriffskriege zu führen pflegten. Die „France" versteigt sich sogar zu der Versicherung, daß selbst im Falle eines siegreichen Krieges Deutschland von Frankreich nichts zu besorgen hätte. (?) Man würde nur Elsaß-Lothringen zurücknehmen, im Uebrigen aber den Deutschen ihre volle Freiheit wiedergeben.

Nicht minder bemerkenswerth sind die Auffassungen des „Temps". „Beim Lesen der Reden des Reichskanzlers", heißt es da, „wird man im Ganzen einen wirklich friedlichen Eindruck empfinden. Fürst Bismarck vertheidigt Deutschland gegen jede kriegerische Absicht, ja er beweist gewissermaßen, daß ihm der Frieden absolut nöthig sei, wenn allerdings keinen Augenblick gezweifelt werden kann. Deutschland hätte von neuen Siegen nichts zu gewinnen, es müsse aber alle Kräfte aufbieten, um unangreifbar zu werden oder zu scheinen; es könne nur durch einen Angriff zum Kriege genöthigt werden, was nur von Frankreich her drohe." Der „Temps" versucht diese Behauptung zu entkräften, indem er meint, in diesem Falle sei der Frieden in Frankreichs Händen und „gut aufgehoben"(?). „Die Rede des deutschen Reichskanzlers", fährt das Blatt fort, „ist in hohem Grade beruhigend. Fürst Bismarck hat sich zu einer Kraftleistung entschlossen, um den Beweis zu führen, daß Deutschland für seine Sicherheit noch etwas thun müsse, wiewohl eigentlich keine Gefahr den allgemeinen Frieden bedroht. Wir sagen: keine Gefahr, weil Fürst Bismarck nur die bezeichnet hat, welche von Frankreich kommen könnte, was aber eine ganz unbegründete Besorgniß ist. Fürst Bismarck giebt ja selbst zu, daß gegenwärtig Frankreich ebenso wenig an einen Krieg gegen Deutschland denke, wie dieses gegen Frankreich. Die einzige Gefahr in dieser Richtung könnte das Emporkommen eines neuen Regimes in Frankreich sein, das ein Interesse daran hätte, den Krieg zu beginnen, oder innere Schwierigkeiten hervorgerufen, wodurch die Republik veranlaßt werden könnte, durch militairische Abenteuer einen Ausweg aus der inneren Verwickelung zu suchen. Wir brauchen kaum zu sagen", schließt der „Temps", „wie fern diese und jene Eventualität für die liegt, welche die Politik unseres Landes aus der Nähe kennen. So ist also nur eine wichtige Thatsache aus diesem Theil der Rede des Fürsten Bismarck festzustellen, die Haupterklärung, daß Deutschland in keinem Falle Frankreich angreifen werde".

Ganz anders äußert sich natürlich das ultrachauvinistische Blatt „La Revanche", dem man indeß im Gegensatz zum „Temps" und zu anderen officiösen Organen eine große Aufrichtigkeit nicht absprechen kann. „Fürst Bismarck", schreibt die „Revanche", „weiß jetzt sehr wohl, daß das französische Nationalgefühl seit 1870/71 nicht zu versöhnen ist. Dieses Nationalgefühl läßt sich durch nichts abschwächen, durch nichts zurückdrängen; es erscheint immer wieder auf der Bresche, die Fahne Frankreichs hochhaltend und zur Vertheidigung auf Leben und Tod ameisernd. Die „Revanche" ist also als keine politische Ablenkung aufzufassen, wie eine solche Regierungen in der Noth suchen, nein, sie wird vielmehr das Ergebniß aller Bestrebungen und der gesammten nationalen Anstrengungen Frankreichs sein, welche nicht ruhen können und dürfen, bis es seine alte geschichtliche, politische und culturelle Stellung in Europa wiedererrungen hat". — Man sieht also, die „Revanche" nennt mit großer Aufrichtigkeit die Dinge mit dem richtigen Namen.

Was die Aeußerungen der englischen Presse über die Rede des Fürsten Bismarck betrifft, so kommt in mehreren Londoner Blättern die Halsstarrigkeit der deutschen Reichstagsmehrheit gegen die Militairvorlage sehr übel weg. So sagt unter Anderem der „Daily Telegraph", es sei geradezu unbegreiflich, daß von deutschen Gesetzgebern einer Maßregel so hartnäckiger Widerstand bereitet werde, die sich für Europa im Allgemeinen nur empfehlenswerth erweist und wesentlich zur jetzigen und künftigen Sicherheit des deutschen Reiches beitragen müßte. Dabei betont das genannte englische Blatt ausdrücklich, daß in der militairischen Stärke und Kriegsbereitschaft Deutschlands die sicherste und zuverlässigste Bürgschaft für die Erhaltung des europäischen Friedens liege, eine Thatsache, welche kein denkender, für das Gemeinwohl der Völker wirkender Politiker zu leugnen vermöge.

Sachsen.

s. Leipzig, 15. Januar. Das Steinsetzer-Gewerbe war bisher in Leipzig durch eine Innung nicht vertreten. Es nahmen daher im Laufe des vergangenen Jahres die Steinsetzermeister der Stadt und der Vororte Veranlassung, behufs Begründung einer Steinsetzer-Innung für die Amtshauptmannschaft Leipzig zur Berathung eines bezüglichen Statuts zusammenzutreten. Nachdem nun das bei der königlichen Kreishauptmannschaft eingereichte Statut die gesetzliche Bestätigung erhalten hat, fand am 14. d. M. unter Beisein des Herrn Stadtrath Winter die constituirende erste Versammlung statt. Es wurden bei derselben Herr C. F. Kummig zum 1. Obermeister, in die übrigen Vorstandsämter die Herren Hoffmann, Robert Schmölling, Begandt, Walther (Thonberg) und Kaule gewählt. In den Innungs-Ausschuß, dem die Steinsetzer-Innung gleichzeitig beigetreten ist, wurde als Abgeordneter ebenfalls Herr Kummig delegirt. Nach stattgehabter Versammlung vereinigten sich Abends 8 Uhr die Innungsmitglieder und deren Angehörige sowie eine Anzahl geladener Ehrengäste zu einer solennen Stiftungsfestlichkeit im Saale des Siebenmännerhauses, wo auch schon die Versammlung stattgefunden hatte. Die Reihe der Toaste bei der Tafel wurde durch Herrn Obermeister Kummig eröffnet, welcher, nachdem er in seiner Ansprache den Innungsgenossen den Satz „Schaffe festen Grund, schließe eng und gut und handle stets gerecht" als Innungswahlspruch empfohlen, am Schlusse derselben die neubegründete Steinsetzer-Innung hoch leben ließ. Ihm folgte als Sprecher zunächst der Vorsitzende des Innungs-Ausschusses, Herr Obermeister Handwerck, mit einem Toaste auf Kaiser und Reich, wobei Redner die Hoffnung aussprach, daß das gesammte deutsche Handwerk auch ferner treu und fest zu dem greisen Herrscher des Reichs und dessen weisen Berather, Fürsten Bismarck, stehen möge und dieses in dem bevorstehenden Reichstags-Wahlkampfe einmüthig bezeugen würde. Eine große Anzahl weiterer Toaste reihte sich den vorangegangenen an. Ein Ball folgte der Tafel und hielt die Festgenossen in animirtester Stimmung bis ziemlich weit in den Morgen des anderen Tages zusammen. Es darf nicht unterlassen werden, zu bemerken, daß die ganz ausgezeichnete Bewirthung durch den Inhaber des Siebenmännerhaus-Restaurants, Herrn Uhlemann, einen wesentlichen Theil dazu beitrug.

* Leipzig, 17. Januar. Bei Gelegenheit der letzten Pestalozzifeier wurde bekannt gegeben, daß der Leipziger Lehrerverein Herrn Schuldirector Kolbe in Dresden die Ehrenmitgliedschaft verliehen habe. Das von Herrn Fr. Fabian kunstvoll hergestellte Diplom sucht die Verdienste Kolbe's durch folgenden Wortlaut zu würdigen: „Der Leipziger Lehrerverein ernennt hiermit Herrn W. Kolbe, Director der 5. Bürgerschule in Dresden, welcher zwölf Jahre hindurch mit rastlosem Fleiße, liebevoller Hingabe, weiser Umsicht und reichem Erfolge als Erster Vorsitzender den Allgemeinen Sächsischen Lehrerverein leitete, in dankbarer Anerkennung der Verdienste, welche er sich damit um die vaterländische Lehrerschaft erwarb, zu seinem Ehrenmitgliede." Die Bänder der reichen Kantenverzierungen tragen die sinnigen Sprüche: „Einigkeit macht stark!" — „Arbeit ist des Bürgers Zierde." — „Dem Verdienste seine Krone." — „Wirke, das ist das große Gesetz." In einem liebenswürdigen Schreiben hat Herr Director Kolbe dem Verein den wärmsten Dank für die ihm zu Theil gewordene Auszeichnung ausgesprochen.

— Auch der Stammtisch zum Kreuz Nr. 179, Restaurant Julius, Eisenstraße 77, veranstaltete dieser Tage eine Weihnachtsbescherung, wobei ebenfalls eine recht ansehnliche Summe zur Vertheilung gelangte. Acht hilfsbedürftige Kinder des Südvierteils wurden bedacht und mit allerlei nützlichen Sachen (vom Kopf bis Fuß bekleidet) beschenkt. Herr Pastor Dr. vom Criegern verschönte auf Ersuchen des Präsidiums genannten Kreuztisches diesen Weihnachts-Abend durch eine Festansprache und legte in einer längeren Rede die Kreuzbrüdersache klar.

* Neuschönefeld, 17. Januar. In der letzten Gemeinderathssitzung ist an Stelle des am 1. Februar nach Striesen bei Dresden gehenden Herrn Gemeindevorstandes Clauß der bisherige Cassirer Herr Weißbach gewählt worden. Letzterer ist seit acht Jahren in hiesiger Gemeinde und seit vierzehn Jahren überhaupt im Gemeindeverwaltungsfache thätig.

— Chemnitz, 16. Januar. Es ist von hohem Interesse und bezeichnend für den Aufschwung unserer industriellen und gewerblichen Verhältnisse, daß in den letzten drei Jahren hier eine ungemein rege Bauthätigkeit sich entwickelt und von Jahr zu Jahr gesteigert hat. Während im Jahre 1885 bereits 751 Baugenehmigungen ertheilt worden waren, betrug deren Zahl im verflossenen Jahre 915, darunter 501 Neubaue, und auch für dies Jahr scheint eine gleich bedeutende Thätigkeit zu erwarten zu sein. — Der Militairverein „Albertbund", welcher auf ein 24jähriges Bestehen zurückblicken kann, zählt gegenwärtig 461 Mitglieder und 19 Ehrenmitglieder und wirkt im Kreise derselben in anerkennenswerther und segensreicher Weise. So wurden im verflossenen Jahre 1205 ℳ an Krankenunterstützungen und an Sterbeaussteuer 543 ℳ ausgezahlt. — Einen ähnlichen humanen Zweck verfolgt der erst seit einem Jahre bestehende Werkmeister-Bezirksverein, der gleichfalls seine Mitglieder in Noth unterstützt, Stellen nachweist, der Wittwe jedes Mitgliedes 600 ℳ auszahlt u. s. w. Er zählt bereits 159 Mitglieder und pflegt auch ideale Interessen durch eine Anzahl Vorträge, welche von berufenen Kräften gehalten worden sind. — Der unermüdliche, menschenfreundliche „Verein zu Rath und That" hat die Errichtung von Knabenhorten für unsere Stadt ins Auge gefaßt und den ersten derselben bereits gestern in der Sonnenstraße eröffnet, um den schulpflichtigen Kindern armer Eltern, während letztere an der Tagesarbeit außer Hause sind, ein freundliches Asyl zu bieten. — In den Steinbrüchen im Zeisigwalde hat sich wiederum ein Unglücksfall ereignet, indem ein Arbeiter mit einem losen Felsstücke, auf welches er trat, 16 Meter tief hinab in den Abraum stürzte, wobei er sich zwei Rippenbrüche und einige schwere innere Verletzungen zuzog. — Im vergangenen Jahre sind nicht weniger als 3033 Personen in das städtische Arresthaus eingeliefert worden, darunter 393 Frauenzimmer; 2132 davon mußten einer Reinigung unterzogen werden.

— Sonnabend Vormittag brach in der Dachpappen- und Cementfabrik von Lohse & Rothe in Niederau eine bedeutende Feuersbrunst aus. Durch das Zerspringen eines Theerkessels gerieth derselbe und noch vier andere in Brand, und in kurzer Zeit war das ganze Fabrikgebäude ein Raub der Flammen. Nur das dicht an der Fabrik stehende Wohngebäude konnte gerettet werden.

, Meißen, 16. Januar. Der Dom zu Meißen, das älteste Gotteshaus im Königreich Sachsen, über welchen nahezu ein volles Jahrtausend dahingerauscht ist, erfuhr vor einigen Monaten durch das christliche Volksblatt „Der Nachbar" eine sehr herbe Kritik, deren Spitze sich im Grunde genommen gegen das Domcapitel richtete. Der betreffende Artikel rühmte die Schmuckheit der im Triebischthale erbauten neuen katholischen Bonifaciuskirche und führte aus, daß das großartige Bauwerk des Domes demgegenüber altersgrau, verfallen und verkommen sei; einige Domherrenstellen habe man conferirt, den Dom selbst lasse man verfallen. Demgegenüber ist es gewiß auch für weitere Kreise nicht ohne Interesse, von nachstehenden Thatsachen Kenntniß zu erhalten. In den 56 Jahren, welche der derzeitige Hüter und Bewahrer des Domes sammt Zubehör, der weit und breit bekannte Actuar a. D., Glöckner, Küster und Bauaufseher Gottlieb Erdmann Lische, seinem Amte vorsteht, wurden außer den gewöhnlichen laufenden Reparaturen mit einem Kostenaufwande von mehr als 300,000 ℳ auf Anordnung des Domcapitels nachstehend aufgeführte umfängliche Restaurationen und Reparaturen begonnen und vollendet: 1842/43 am breiten Thurme, welcher 1547 durch Blitz und Brand seines Schmuckes, der zwei Thürme und der Glockenhalle mit 7 Glocken beraubt und zur Ruine geworden war, der unschöne Ueberbau abgetragen und eine massive Galerie mit Plattdach hergestellt. 1863/64 der südliche Chorthurm, welcher durch erwähnten Brand ebenfalls sehr beschädigt war, sowie der südliche Giebel am Kreuzarme und 1865 die südliche Hauptfront restaurirt. 1869/71 massiver Neubau des Orgelchores und Beschaffung einer neuen Orgel. 1878/79 die Nordseite am breiten Thurme und der Domkirche restaurirt. 1882/84 Abtragung der Plattdächer über der Sacristei, Restaurirung und Erneuerung der sämmtlichen künstlerisch massiven Fensterrahmen mit Maaswerk im hohen Chor, ebenso der daselbst noch befindlichen, theilweise über 600 Jahre alten höchst werthvollen Mosaikgemälde in diesen Fenstern, respective der Bogenscheiben, sowie der Kreuzgänge. Ueberdies wurde seitens der Königlichen Procuratur in den zu deren Verwaltung gehörigen Gebäudetheilen am Dom 1856 die St. Johannescapelle und 1866/67 die fürstliche Begräbnißcapelle von Einbauten befreit, stilgemäß restaurirt und das Dachreiter-Thürmchen vom gothischen Bau abgetragen.

Vermischtes.

⊙ Gera, 17. Januar. Bei einer Einwohnerzahl von über 35,000 Köpfen haben verschiedene Mitglieder des Gemeinderathes wiederholt darauf hingewiesen, daß die Sicherheitsbehörde bei der immer zunehmenden Bevölkerung abermals eine Vermehrung erfahren müsse. Gegenwärtig besteht dieselbe aus 1 Polizeiinspector, 1 Polizeisecretair, 1 Wachtmeister und 24 Schutzleuten. Die Oberleitung ist dem zweiten juristischen Stadtrathe übertragen. In der letzten Sitzung des Gemeinderathes wurde nun über die Anstellung von noch 3 Wachtmeistern und 10 Schutzleuten verhandelt. Nach längerer Debatte erfolgte die Ueberweisung der Vorlage an eine Commission zur weiteren Berathung. In selbiger Sitzung bewilligten die Vertreter der Bürgerschaft auch 800 ℳ zum Ankauf der Münzsammlung aus dem Zabel'schen Nachlasse, die im städtischen Museum Aufstellung finden soll. — Unter den Fuhrwerksbesitzern circulirt eine Petition an den Landtag um Aufhebung des Chausseegeldes, welches für die Hauptstaatscasse ein Ausfall von ungefähr 35,000 ℳ jährlich sein wird.

♂ Halle a. S., 15. Januar. In heutiger Schwurgerichtssitzung galt es abermals, eine jener Ausschreitungen polnischer Arbeiter zu ahnden, wie sie leider fast in jeder hiesigen Schwurgerichts-Sitzungsperiode mehrfach vorkommen. Diese Rohheiten sind bekanntlich in den Bergwerksbezirken unserer Provinz und in der Nähe großer Domänen u. nachgerade zur Landplage geworden. Die Anklage, gegen vier polnische Arbeiter gerichtet, lautete auf Hausfriedensbruch und das Urtheil auf 18 Monate Zuchthaus und 2 Jahre Ehrverlust, resp. 4 Monate und 3 Monate Gefängniß, ein Angeklagter wurde freigesprochen. Betheiligt waren noch mehrere Landsleute der Angeklagten gewesen, doch sind nur diese vier ermittelt worden. Der Schauplatz des Verbrechens war das Rittergut Rehschkau bei Lauchstädt, und zwar am 11. Juli v. J. Der Exceß war besonders gegen den Aufseher Hoffmann gerichtet gewesen, der schwer mißhandelt und selbst in seinem Hause bedroht worden, wohin zu fliehen ihm gelungen war. Das Wohnhaus wurde theilweise zerstört, wie die Anklage besagte, nicht nur beschädigt, indem die Thür aufgesprengt wurde, der nur noch eine innen vorgebaute große Kiste Halt verlieh, Fensterscheiben und Fensterrahmen zertrümmert wurden und Steine, u. a. ein halber Ziegelstein, in das Zimmer flogen. Auch der Inspector des Gutes war bedroht worden. Erst nach Erscheinen des Ortsrichters gelang es, die Wüthriche zu entfernen. Die Sache kam so spät zur Verhandlung, da die Thäter zum Theil nicht früher zu ermitteln waren.

— Graudenz, 13. Januar. Eine unerwartete, unerwünschte „Hochzeitsreise" mußte in diesen Tagen der Kaufmann A. aus Bromberg unternehmen. Derselbe sollte vor einigen Jahren in Pr. Stargard, wo er sich damals aufhielt, seiner Militairpflicht genügen, war jedoch auf das Gesuch seiner unterstützungsbedürftigen Mutter hin als Ersatzreservist 1. Classe „ohne Uebung" entlassen worden. Später begab er sich nach Bromberg, wo er ein Handlungsgeschäft gründete. Auf seinen Reisen lernte er in Liegnitz die Tochter eines Kaufmanns kennen, mit der er sich im Januar d. J. verheirathete. Am Hochzeitstage traf nun, wie ein Blitz aus heiterem Himmel, in Liegnitz der Befehl ein, A. habe sich unverzüglich in Graudenz zur Absolvirung seiner militairischen Dienstzeit zu stellen. Es war nämlich in Bromberg von unbekannter Seite die Anzeige gemacht worden, A. unterstütze seine Mutter nicht, woraufhin ihm alsbald der erwähnte Befehl zuging. In hiesiger Stadt angekommen, wandte sich der junge Ehemann mit Vorstellungen an seine Behörde, jedoch wurde ihm nur die betrübende Gewißheit zu Theil, wirklich drei Jahre hindurch getrennt von seiner Gattin bei der Fahne bleiben zu müssen. Nur einen dreitägigen Urlaub erhielt er, um seine Geschäfte ordnen zu können.

— Mainz, 11. Januar. Die hiesige Privat-Post hat, wie vorauszusehen war, bis jetzt ihre Rechnung nicht gefunden und will daher die Taxe für geschlossene Briefe von 2 auf 3 ₰ erhöhen. Es ist möglich, daß durch die versprochene Vermehrung des Personals eine pünctlichere Bestellung der Briefe erfolgt, die pünctlichste Bestellung wird aber unserer Meinung nach immer noch durch hiesige Postanstalt erfolgen, die für geschlossene Stadtbriefe eine Taxe von 5 ₰ erhebt.

— Göttingen, 13. Januar. Unser berühmter Professor Ebstein ist von Konstantinopel aus zu einer Consultation über die Krankheit des Sultans berufen worden. Derselbe hat bis jetzt noch nicht um Urlaub nachgesucht. Außer freier Reise u. s. w. sind dem Gelehrten 10,000 ℳ Honorar versprochen.

— Wien, 15. Januar. Friedrich Amerling, der Nestor der Wiener Maler, ist heute gestorben. Am 14. April 1803 in Wien als Sohn eines Handwerkers geboren, entwickelte er sich unter dem Einflusse des berühmten englischen Malers Lawrence, zu dem er als Knabe gereist war, später in Paris unter Horace Vernet. Er hat in seiner Glanzzeit, in den vierziger und fünfziger Jahren, namentlich als Bildnißmaler, auch in der Darstellung nationaler Einzelfiguren, Hervorragendes geleistet und war insbesondere dadurch bedeutend, daß er als einer der ersten der alten akademisch-idealistischen Schule gegenüber das Recht des Colorits in für jene Zeit glänzender Technik betonte.

— Folgender eigenthümlicher „Witz" (!) macht die Runde durch studentische Zeitungen: „Die große Vorhalle der neuen Wiener Universität war am 18. December, wie die heutige „Deutsche Zeitung" berichtet, der Schauplatz eines ordnungwidrigen Studentenulkes. Vor wenigen Tagen war auf dem schwarzen Brette der Universität eine Bekanntmachung er-